



Österreichischer Gewerkschaftsbund

**GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST**

1010 Wien, Teinfaltstraße 7, Telefon 53 454, Fernschreiber 114402 göd a

An das  
Präsidium des Nationalrates  
c/o Parlament  
Dr. Karl Renner-Ring 3  
1017 W i e n

Bund GESETZENTWURF	
Z.	18 - GE 9. Le
Datum: 19. FEB. 1990	
Verteilt	19. FEB. 1990

*2. Abzweigungen*

Unser Zeichen – bitte anführen

Ihr Zeichen

Wien,

Zl. 2.962/90 – VA/Bru

9. Februar 1990

Betr.: Entwurf eines BG, mit dem das  
**Amtshaftungsgesetz** geändert wird;  
Begutachtungsverfahren/Stellungnahme

In der Beilage übermitteln wir 25 Ausfertigungen  
der Stellungnahme betreffend den Entwurf eines Bundes-  
gesetzes, mit dem das Amtshaftungsgesetz geändert wird,  
zur freundlichen Kenntnisnahme.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung  
zeichnet  
f.d.

Vorsitzender

Beilagen



Österreichischer Gewerkschaftsbund

**GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST**

1010 Wien, Teinfaltstraße 7, Telefon 53 454, Fernschreiber 114402 göd a

An das  
Bundeskanzleramt  
Ballhausplatz 2  
1014 W i e n

Unser Zeichen – bitte anführen

Ihr Zeichen

Wien,

Zl. 2.962/90 – VA/Dr.St/Bru GZ 600.013/3-V/5/90 9. Februar 1990

Betr.: Entwurf eines BG, mit dem das  
**Amtshaftungsgesetz** geändert wird;  
Begutachtungsverfahren/Stellungnahme

Zum do. Entwurf vom 22.1.1990 nimmt die Gewerkschaft  
Öffentlicher Dienst wie folgt Stellung:

Gegen die im Entwurf vorgesehene Ausdehnung der  
absoluten Verjährungsfrist im § 6 Abs. 1 AHG von derzeit  
10 Jahren auf 30 Jahre (im Sinne einer Anpassung an § 1489  
ABGB) besteht seitens der gefertigten Gewerkschaft unter  
der Bedingung kein Einwand, daß dadurch die Rechtsstellung  
der regreßpflichtigen Organwalter (= Funktionsträger und  
Mandatare, in aller Regel aber öffentlich Bedienstete,  
deren Interessen die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst zu  
vertreten hat) nicht verschlechtert wird.

Gemäß § 6 Abs. 2 AHG verjähren Rückersatzansprüche  
(des Rechtsträgers gegen den schuldtragenden Organwalter)  
in 6 Monaten nach Ablauf des Tages, an dem der Rechtsträger  
den Ersatzanspruch dem Geschädigten gegenüber anerkannt hat  
oder rechtskräftig zum Ersatz verurteilt worden ist. Nach  
der derzeit geltenden Fassung des § 6 Abs. 1 AHG kann der  
Beginn der sechsmonatigen Regreßverjährung bis zu 10 Jahren  
hinausgeschoben sein; nach der im Entwurf vorgesehenen Neu-  
fassung muß der Organwalter bis zu 30 Jahren (und darüber  
hinaus) mit Rückersatzansprüchen des Rechtsträgers rechnen.

Eine solche Verschlechterung der Rechtsposition des Organwalters ist ungerechtfertigt und hat mit der Verbesserung der Rechtsstellung des Geschädigten nichts zu tun; sie ist offenkundig eine nicht beabsichtigte Folgewirkung des vorliegenden Novellierungsentwurfes.

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst fordert daher die Beibehaltung der zehnjährigen absoluten Verjährungsfrist für Regreßansprüche gemäß § 6 Abs. 2 AHG und verweist auf die zehnjährige absolute Verjährungsfrist des § 5 Organhaftpflichtgesetz, die sich bewährt hat. Es wäre nämlich nicht einzusehen, weshalb ein Organwalter, der dem Rechtsträger mittelbar (d.h. gegenüber einem Dritten) Schaden zugefügt hat, 30 Jahre lang mit Ersatzforderungen des Rechtsträgers rechnen müßte, während die Geltendmachung des Ersatzes direkter Schäden durch den Rechtsträger nach 10 Jahren absolut verjährt ist.

In den Erläuternden Bemerkungen zum vorliegenden Entwurf wird richtig darauf verwiesen, daß die Zahl der Ansprüche, die erst nach mehr als 10 Jahren geltend gemacht werden, äußerst gering sein dürfte, sodaß kein erheblicher Mehraufwand zu erwarten ist. Demgemäß läßt auch die zeitliche Begrenzung der Regreßmöglichkeit mit 10 Jahren keinen wesentlichen Mehraufwand erwarten.

Zusammenfassend stellt die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst daher das

E r s u c h e n ,

im § 6 Abs. 2 AHG folgende Änderung vorzunehmen:

Der Punkt am Ende dieses Absatzes ist durch einen Beistrich zu ersetzen und anzufügen:

", längstens jedoch in zehn Jahren nach der Entstehung des Schadens."

---

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme wurden wunschgemäß dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung  
zeichnet

f.d.  
  
Vorsitzender